

GRUNDLAGEN UND KRITIK DER NEOLIBERALEN WIRTSCHAFTSPOLITIK

1. Schwierigkeiten mit dem neoliberalen Mainstream	20
2. Grundlagen des Neoliberalismus	22
3. Einseitig angebotsorientierte Politik	23
4. Deregulierung insbesondere des Arbeitsmarktes ..	24
5. Staatstätigkeit unter einem neoliberalen Regime ...	26
6. Lohn- und Preissenkungen für den internationalen Wettbewerb	27
7. Budgetpolitik und Gesamtwirtschaft	33
8. Fundamentalkritik	41
9. Arbeitsmarkt und Prekariat	43
10. Fehlende Voraussetzungen für Stabilisierungspolitik	43
11. Rollen des Staates bei einem neuen wirtschaftspolitischen Kurs	44
12. Hilfestellung durch die EU	44
13. Die Folgen der deutschen Vereinigung und Großen Koalition	45
14. Sozialdemokratie und Bewahrung des Sozialstaates	46
15. Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume	46
16. Wachstum zur besseren Bedürfnisbefriedigung	47

Auszug aus WISO 1/2007

isw

Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften,

Gruberstraße 40–42, A-4020 Linz, Austria

Tel.: +43(0)732 66 92 73, Fax: +43 (0)732 66 92 73 - 2889

E-Mail: wiso@akooe.at, Internet: www.isw-linz.at

Gustav A. Horn

**Leiter des Instituts für
Makroökonomie und
Konjunkturforschung
der Hans Böckler
Stiftung Düsseldorf**

1. Schwierigkeiten mit dem neoliberalen Mainstream

*neoliberale
Dominanz der
Wirtschafts-
politik*

Es gibt sicherlich einerseits Schwierigkeiten, wenn man in Deutschland als Wissenschaftler eine vielleicht auch prononciert keynesianische Ausrichtung hat; es gibt aber andererseits, wenn man sich gegen die vorherrschende Argumentation wehrt, auch sehr viel Unterstützung. Das zeigt, dass man sich nicht einfach verstecken darf, sondern dass man kämpfen muss und kann. Am Ende (nach dem Verlassen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung; Anm. d. Red.) hat es sich für mich persönlich eigentlich relativ gut gerichtet: Ich bin Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung in der Hans Böckler Stiftung (Hans Böckler war der erste DGB-Vorsitzende nach dem Krieg). Finanziert werden wir übrigens – und das wird sich gleich noch als wichtig herausstellen – von den Abführungen der gewerkschaftlichen Aufsichtsratsmitglieder in den mitbestimmten Unternehmen. Die Aufsichtsräte erhalten hohe Tantiemen, und die Gewerkschaften verpflichten diese Mitglieder, ihre Tantiemen zu 80 bis 90 Prozent an die Stiftung abzuführen, um die wissenschaftliche Förderung von Projekten sowie Beratungstätigkeiten, die auch im Interesse der Gewerkschaften liegen, voranzutreiben.

Eine der Aufgaben, die ich habe, ist zu schauen, wie sich der Mainstream in Deutschland entwickelt, mich mit ihm aus einer gewerkschaftlichen Sicht auseinanderzusetzen, zu schauen, wo die Dinge richtig und wo sie falsch liegen. Es geht ja nicht nur darum, wirtschaftspolitische Vorschläge abzulehnen; man muss sich mit der Realität konstruktiv auseinandersetzen, und die Auseinandersetzung mit dem Neoliberalismus gehört sicherlich dazu.

In Deutschland herrscht in der Ökonomie eine Dominanz neoliberaler Politikvorschläge; ich glaube, das kann man, ohne zu übertreiben, sagen. Wer die öffentlichen Debatten in Deutschland verfolgt, bekommt dies sehr genau mit. Das gilt

vor allem für die Ökonomie; ich würde sagen, 85 Prozent der deutschen WissenschaftlerInnen lassen sich in eine neoliberale Richtung einordnen. Bei den Forschungsinstituten haben wir sicherlich mittlerweile fast sogar eine Monokultur – was auch die Politik mittlerweile beklagt. In der Politik propagieren einzelne Parteien den Neoliberalismus: Es ist vor allen Dingen die FDP, es sind Teile der CDU und der Grünen, die in diese Richtung marschieren. Ich habe jetzt die SPD hier nicht erwähnt; vielleicht ist das zu höflich, bedenkt man die vergangene Regierung – aber darauf komme ich später zu sprechen.

Es gibt natürlich auch eine Menge Interessengruppen, die neoliberale Ziele und Inhalte vertreten. Das sollte man nicht unterschätzen: In Deutschland ist vor allem die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft zu nennen. Der Name klingt ja sehr gut nach einem allgemeinen gesellschaftlichen Anliegen, aber diese Stiftung hat ein ganz klares partikuläres Ziel. Sie hat das Ziel, ausschließlich neoliberale Politikvorschläge medial zu transportieren und kommunikativ in der Gesellschaft zu verankern. Und sie ist extrem erfolgreich damit. Wenn WissenschaftlerInnen Ergebnisse haben, die in das Bild der Stiftung passen, wird ihnen eine Plattform zur Verfügung gestellt, von der Bundespressekonferenz in Berlin über Auftritte vor ausgewähltem Publikum bis hin zu Zugängen zu Zeitungen. Wenn die Ergebnisse – selbst wenn vom gleichen Wissenschaftler – einmal nicht passen, macht man das eben nicht. Die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft wird insbesondere von den MetallarbeitgeberInnen finanziert, die dort mit erheblichen Mitteln engagiert sind.

*neoliberale
Interessengruppen*

Mittlerweile gehen auch die Medien sehr stark in die neoliberale Richtung: Der „Spiegel“, die „FAZ“, die „Süddeutsche Zeitung“ und viele Wirtschaftsjournalen propagieren den neoliberalen Kurs, sodass die öffentliche, zumindest die veröffentlichte Meinung zur Wirtschaftspolitik in Deutschland ziemlich einseitig ist.

Das Hauptargument dieser Verfechter einer neoliberalen Politik, das selbstverständlich eine reale Grundlage hat, ist die lang anhaltende hohe Arbeitslosigkeit in Deutschland. Man könne diese nur mit neoliberalen Instrumenten bekämpfen, gibt man vor und sagt, nur neoliberale Strukturreformen versprechen Erfolg bei der Bekämpfung dieses Erzüfels in der deutschen Wirtschaft. Mit dieser Hoffnung gehen sie – teilweise erfolgreich – hausieren.

2. Grundlagen des Neoliberalismus

*der Markt
überwindet
Krisen
selbstständig*

Was sind die theoretischen Grundlagen des Neoliberalismus? Lang anhaltende Arbeitslosigkeit könne nur bekämpft werden, wenn die Marktwirtschaft möglichst unreguliert funktioniert, denn dann lösen sich Beschäftigungsprobleme von selbst. Auch ein Einbruch des Wirtschaftswachstums, der ja nicht bestritten wird, kann nach dieser Sichtweise am besten verarbeitet werden, indem man den Markt sich alleine überlässt. In vielen Modellen in der Wirtschaftstheorie wird dies impliziert.

*konsistentes,
aber empirisch
nicht haltbares
Modell*

Das Interessante an solchen Modellen ist, dass sie logisch nicht falsch sind. Sie sind in sich schlüssig, aber man muss sich einmal anschauen, unter welchen Annahmen die Erwünschtheit und Stabilität der Modellergebnisse tatsächlich gewährleistet sind. Zum Beispiel ergibt sich die Optimalität der Ergebnisse unter der Annahme, dass die Menschen nicht nur an das Modell stabiler, sich selbst regelnder Märkte glauben, sondern dass sie auch die Erwartung haben, dass dieses theoretische Modell und die praktische Wirtschaft stabil sind. Die im Modell gewonnenen Schlussfolgerungen sind also nur dann richtig, wenn die Menschen auch glauben, dass sie richtig sind. Unter den genannten Voraussetzungen wird – folgt man den Modellen – Folgendes passieren: Wird die Wirtschaftslage aus irgendwelchen Gründen schlechter, werden die Menschen nicht verängstigt und sich nicht vom Markt zurücknehmen; sie werden daher nicht sparen und ihr

Einkommen nicht auf die hohe Kante legen. Gleichzeitig werden auch Unternehmen ihre Investitionen nicht sehr stark zurückfahren. All dies geschieht, weil die Marktteilnehmer in diesen Modellen erwarten, dass es rasch wieder besser wird und sie daher nur eine kurze Delle überbrücken müssen. Eine solche Erwartung der Stabilität produziert in diesen Modellen tatsächlich Stabilität. Doch setzt das aus meiner Sicht – und es gibt viele Forschungsergebnisse, die diese meine Sicht bestätigen – ein Vernunftthandeln, eine Rationalität voraus, die es in der Wirklichkeit gar nicht gibt. Wenn solche Krisen kommen, das haben wir nach 2000/2001 erlebt, dann fahren die Unternehmen ihre Investitionen drastisch zurück und schränken die VerbraucherInnen ihren Konsum ein. Die Menschen glauben nicht an eine schnelle Besserung und sie haben häufig auch nicht die Mittel, eine Delle zu überbrücken. Die Wirtschaft mündet daher in einen verstärkten Abschwung und stabilisiert sich eben nicht von selbst.

3. Einseitig angebotsorientierte Politik

Um die heile Welt der reinen Marktwirtschaft zu etablieren, ist eine Rückführung jedweder Regulierung auf den Güter- und Arbeitsmärkten erforderlich, aber insbesondere auch eine Einschränkung der Staatstätigkeit, ein Rückbau des Sozialstaates und natürlich eine enge Begrenzung gewerkschaftlicher Verhandlungsmacht. In der Wirtschaftspolitik schlägt sich dies so nieder, dass man ausschließlich auf der Angebotsseite ansetzt. Alle wirtschaftspolitischen Empfehlungen müssen sich in der neoliberalen Sichtweise an dem Kriterium messen, wie sie die Angebotsbedingungen fördern. Das ist nicht von sich aus schlecht; natürlich müssen die Angebotsbedingungen in Ordnung sein, natürlich müssen Unternehmen wettbewerbsfähig sein und rentabel produzieren können.

*angebots-
orientierte
Politik fordert
Zurückhaltung
des Staates*

Hinter diesen Vorstellungen steht das Say'sche Theorem, jedes Angebot schaffe sich seine Nachfrage auf Dauer selbst. Das heißt, wenn Unternehmen eine Idee haben, etwas anzu-

bieten, dann erzeugen sie dadurch, dass sie vorweg schon Menschen einstellen und ihnen Gehälter zahlen, die diese dann für Güter ausgeben werden, die Nachfrage von selbst. Das ist die Hoffnung, die mit der angebotsorientierten Strategie verbunden wird.

*Nachfragepolitik
zu kurzfristig
orientiert*

Im Gegensatz zum langfristig vorgezeichneten Angebot wird die Nachfrage als ein kurzfristiges Phänomen verstanden. Man argumentiert, zwar schwanke natürlich die Nachfrage, doch sind diese Schwankungen lediglich kurzfristige Phänomene, über die man hinweggehen kann, wenn man einen langfristigen Wachstumspfad zur Vollbeschäftigung anstrebt. Deshalb werden Vorschläge, die zur Stabilisierung dienen und auf der Nachfrageseite ansetzen, immer rasch vom Tisch gewischt.

Die generelle Behauptung ist, nachfrageseitige Politikmaßnahmen hätten keinen langfristigen Effekt, sind nur so kurzlebig wie ein Strohfeuer. In vielen Modellen, die heute im Einsatz sind, wird diese Aussage als Annahme, also schon vorab als Einschränkung für die Ergebnisse eingegeben. Gerade neuere Untersuchungen zeigen es auf: Wenn man diese Annahme nicht trifft, kommen ganz andere Ergebnisse heraus, nämlich dass die Nachfrageseite vielleicht doch einen bedeutsamen Einfluss aufweist.¹

4. Deregulierung insbesondere des Arbeitsmarktes

*Arbeitsmarkt
soll dereguliert
werden*

Mit einer Deregulierung der Gütermärkte geht tendenziell ein Abbau von Umweltauflagen, Produktsicherheit etc. einher. Der höchste Deregulierungsbedarf wird aber auf dem Arbeitsmarkt gesehen, denn Arbeitslosigkeit in der Sichtweise der Neoliberalen ist allein ein Problem des Arbeitsmarktes. Denn im Rahmen dieser Modelle entstehen Gleichgewichte, die allein von den Verhältnissen auf dem einzelnen Markt abhängig sind.² Anders verhält es sich in keynesianischen Modellen, in denen die Märkte interdependent sind.³

Von entscheidender Bedeutung ist für die neoliberalen Ökonomen das Lohnargument: Die Löhne (korrekterweise die Real-löhne) seien demnach zu hoch.⁴ Oder die Anreize zur Arbeitsaufnahme seien zu gering. Das hat damit zu tun, dass beispielsweise die soziale Sicherung als ein hinreichendes Einkommen empfunden wird, das Menschen davon abhält, zu den herrschenden Löhnen arbeiten zu wollen.⁵ Hieraus ergibt sich dann die Forderung nach Senkung von Lohnersatzleistungen im Falle von Arbeitslosigkeit oder von Sozialhilfe, um den Anreiz zu verstärken, nach einem Job zu suchen. Mangelnder Anreiz ist eine der Hauptquellen der Arbeitslosigkeit in der neoliberalen Sichtweise. Arbeitslose sind arbeitslos, weil sie zu wenig Anreize haben, Arbeit aufzunehmen.

Eine vermeintliche weitere Quelle sind institutionelle Regelungen wie z. B. die Mitbestimmung. In Deutschland ist folglich eine der neoliberalen Forderungen der Abbau der Mitbestimmung. ArbeitnehmerInnenmitbestimmung wird als ein Element angesehen, das die Flexibilität der Unternehmen mindert und damit die Angebotsbedingungen verschlechtert. Hier ist es eine zentrale Forderung neoliberaler Parteien, diese Mitbestimmung zumindest deutlich zurückzuführen, wenn nicht gar abzubauen.

*Mitbestimmung
sei schädlich*

Damit verbunden ist auch die Forderung, die Lohnseite anders zu organisieren. Wir haben in Deutschland noch weitgehend einen Flächentarifvertrag, der für bestimmte Regionen und Branchen gilt. Dessen Abschaffung wird interessanterweise sehr stark aus dem Bereich der Wissenschaft gefordert, weniger von den Unternehmen, die nämlich die Vorteile eines Flächentarifvertrags durchaus sehen. Sie wollen die Tarifaus-einandersetzung eigentlich nicht im Betrieb haben. Denn das ist teuer, kostet auch eine Menge Energie und bringt einzelne Unternehmen möglicherweise in erhebliche Schwierigkeiten – zumal auch nicht jeder Betrieb davon profitieren würde.

Gleichwohl ist die Tarifdezentralisierung (die Dezentralisierung der Lohnfindung) eine Forderung aus der neoliberalen

Wissenschaft, ebenso wie bessere Zuverdienstmöglichkeiten für Arbeitslose; diese sollen auch sehr schlecht bezahlte Jobs annehmen können, ohne dass eine Steuer oder Sozialabgaben darauf erhoben werden. Das sind in Deutschland die sogenannten Ein-Euro-Jobs und Mini- oder Midi-Jobs. Bei Kombilöhnen zahlt der Staat zum niedrigen Lohn noch etwas hinzu.

5. Staatstätigkeit unter einem neoliberalen Regime

*Forderung
nach einem
ausgeglichenen
Haushalt*

In Bezug auf die Staatstätigkeit wird gefordert, dass der Staatshaushalt mehr oder minder ausgeglichen ist. Dies ist eine Forderung, die in den Stabilitäts- und Wachstumspakt, den die Regierungen der EU-Mitgliedstaaten unterschrieben haben, Eingang gefunden hat: Auf mittlere Sicht, so verlangt der Wachstumspakt, müssen die Staatshaushalte ausgeglichen sein.

Der Weg bis dorthin, die Konsolidierung des Budgets, soll im Wesentlichen durch zum Teil drastische Senkungen der Staatsausgaben beschränkt werden, vor allen Dingen durch Verminderung der Sozialausgaben, deren Entwicklung angeblich einen ausufernden Sozialstaat zeigt. Die Sozialausgaben zurückzuführen hätte ja zugleich den Vorteil, dass auf dem Arbeitsmarkt – zum Beispiel durch Senkung der Sozialhilfe – die Anreize zur Arbeitsaufnahme verstärkt werden könnten.

*Forderung
nach einer
drastischen
Senkung der
Unternehmens-
steuern*

Gleichzeitig, und das mehrt den Druck auf die Ausgaben auch noch, möchte man, dass die Einkommens- und insbesondere die Unternehmenssteuern deutlich gesenkt werden. In Deutschland diskutieren wir gerade über ein Programm zur Unternehmenssteuersenkung, das zwischen 20 und 40 Milliarden Euro liegt. Der Finanzminister will sich aus naheliegenden Gründen noch auf 5 Milliarden beschränken, aber auf Seiten der Wissenschaft hat der Sachverständigenrat ein Programm vorgeschlagen, das nach seinen Berechnungen 20 Milliarden Euro kostet, nach Berechnung anderer sogar 40 Milliarden.

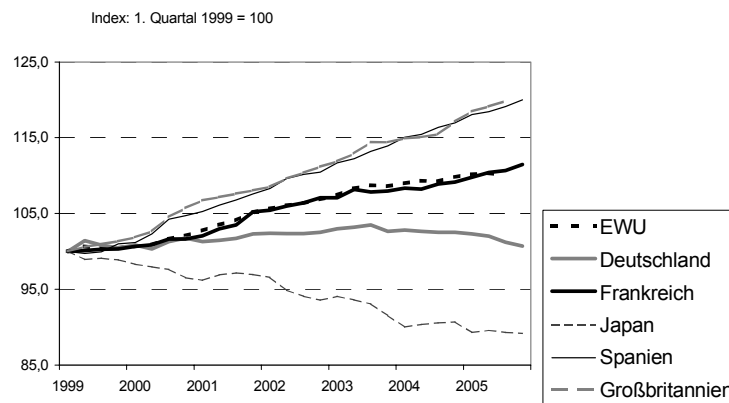
Wir haben in Deutschland in den vergangenen Jahren keine neoliberale Politik in Reinkultur erlebt, aber man muss klar sagen, dass die rot-grüne Regierung zumindest in der Phase spätestens ab 2003, aber auch schon vorher, durchaus Grundelemente neoliberaler Politik aufgenommen hat. Die SPD hat sich dem Druck teilweise, vielleicht auch aus Not, gebeugt, weil sie vorab keine eigenen Vorstellungen darüber entwickelt hatte, wie sie eigentlich Wirtschaftspolitik betreiben wollte. In Anbetracht dessen erscheint es gerade für SozialdemokratInnen sehr wichtig, darüber nachdenken, was mit der Regierungsverantwortung denn gemacht werden soll, bevor man die Regierungsverantwortung übernimmt. Diesbezüglich war bei der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sicherlich eher ein Vakuum anzutreffen.

*wissen-
schaftliches
Vakuum bei
der SPD*

6. Lohn- und Preissenkungen für den internationalen Wettbewerb

Beispielsweise ist es auch ein Bestreben der Großen Koalition (und war auch eines ihrer Vorgängerregierungen), die Lohnnebenkosten ständig zu senken und bei der Lohnentwicklung ständig darauf zu achten, dass die Löhne nur sehr schwach steigen. Das Ergebnis ist, dass in Deutschland die Lohnentwicklung so schwach ist wie in keinem anderen Land des Euroraums (Abbildung 1) – und das bei einer Lohnstückkostengröße, wo Deutschland deutlich hinter anderen Ländern, wie insbesondere Spanien, aber auch Frankreich zurückbleibt.

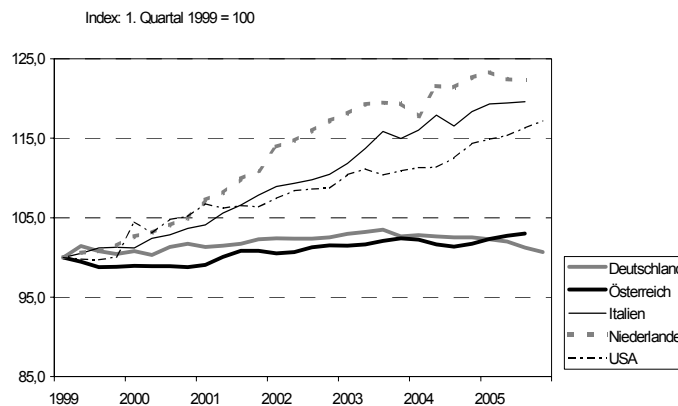
Abbildung 1: Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich



Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, BLS, OECD, Berechnungen des IKM

Sehr ähnlich schwach wie in Deutschland entwickeln sich die Lohnstückkosten in Österreich (Abbildung 2).

Abbildung 2: Entwicklung der Lohnstückkosten im internationalen Vergleich



Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, BLS, OECD, Berechnungen des IKM

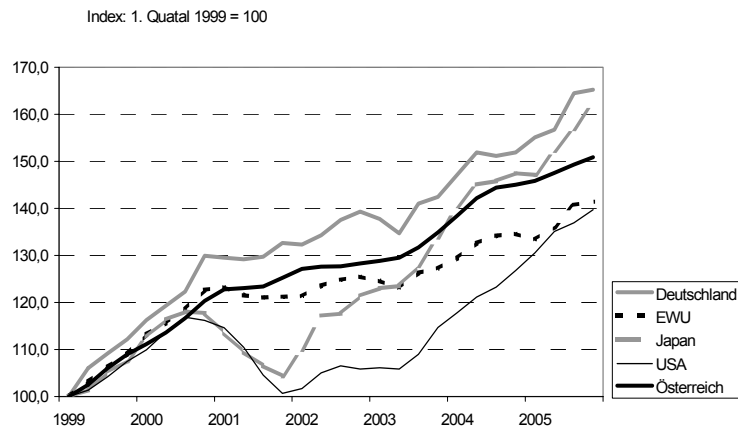
Eine solche Entwicklung signalisiert eine deutliche Verbesserung der Angebotsbedingungen: Die deutschen Unternehmen

können jetzt im Vergleich zu anderen Ländern erheblich günstiger anbieten als noch 1999. Wir können das auch mit kleineren Ländern vergleichen; da sehen wir, dass Deutschland einen Partner in der Lohnzurückhaltung hat, und dieser Partner heißt Österreich (ich werde gleich noch auf die Gemeinsamkeit und Unterschiede dabei kommen). Wir sehen etwa auch, dass die Niederlande und Spanien hierin ganz andere Entwicklungen aufgezeigt haben.

Die Verbesserung der deutschen Wettbewerbsbedingungen hat realwirtschaftliche Konsequenzen gehabt: Es ist klar, dass deutsche Unternehmen damit auf den Weltmärkten wesentlich günstiger anbieten konnten als KonkurrentInnen. Das wird in Deutschland häufig sehr klein gespielt, manch anderer hängt es aber ganz hoch. Schauen wir uns doch einfach einmal die Zahlen an, wie sich denn die Exporte entwickelt haben (Abbildung 3). Da erkennen wir, dass Deutschland, wenn wir es mit den großen weltwirtschaftlichen Blöcken vergleichen, die höchsten Exportsteigerungen seit 1999 hat. Japan holt jetzt gerade sehr stark auf, dennoch liegt Deutschland vorne, deutlich vor den USA und über dem Durchschnitt des Euroraums.

deutsche Unternehmen sind wettbewerbsfähig

Abbildung 3: Reale Exporte im internationalen Vergleich (in Landeswährung)



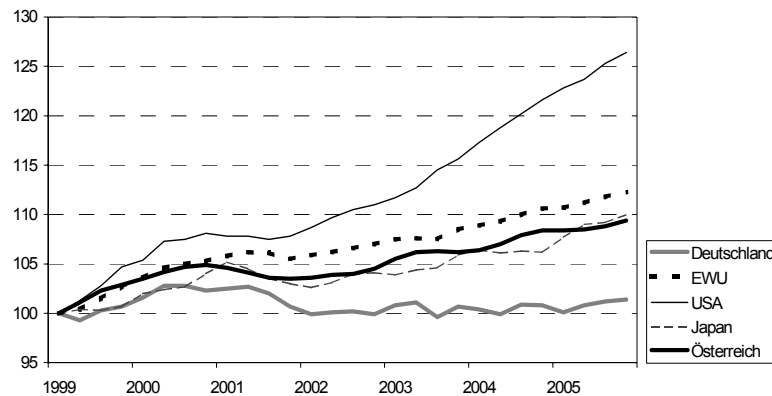
Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, ESRI of Japan, Berechnungen des IMK

*Binnenkonjunktur
in Deutschland
ist schwach*

Die aufgezeigte Entwicklung, dass Unternehmen aus Deutschland auf den Weltmärkten tatsächlich erfolgreich sind, ist mit der Verbesserung der Angebotsbedingungen zu erklären. Schauen wir uns im Unterschied dazu die Binnennachfrage an (Abbildung 4). Hier sieht es fast umgekehrt aus. Im Hinblick auf die binnenwirtschaftliche Dynamik sind die USA sehr weit vorne, der Euroraum insgesamt zeigt durchaus Verbesserungen und liegt merklich über Deutschland, selbst Japan, ein Land, das bis vor Kurzem noch von Deflationsphänomenen geplagt war, übertrifft Deutschland. Genau das ist die Kehrseite dieser neoliberalen Politikstrategie in Deutschland: Durch die schwachen Lohnsteigerungen war die Einkommensentwicklung nominell sehr flach, die Realeinkommen sind zurückgegangen; die Konsequenzen für die Binnennachfrage sehen wir in der Abbildung 4: Sie ist erschreckend schwach.

Abbildung 4: Reale Inlandsnachfrage im internationalen Vergleich (in Landeswährung)

Index: 1. Quartal 1999 = 100



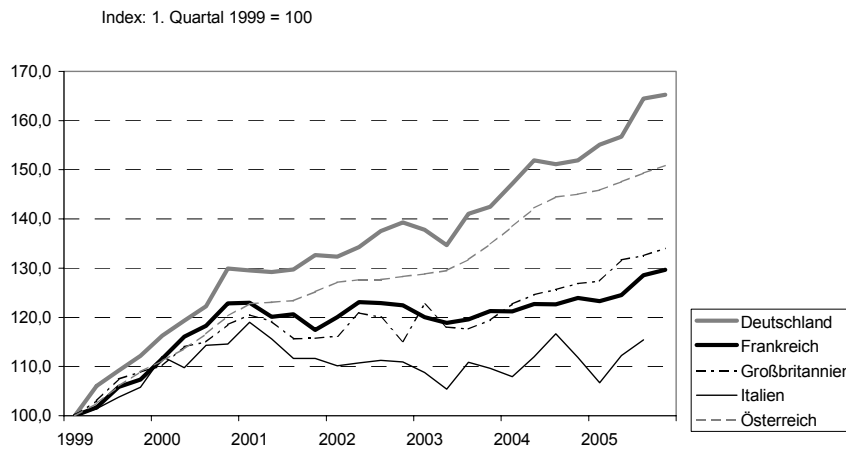
Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, ESRI of Japan

*Deutschland ist
Exportweltmeister*

Den Vergleich von Binnenwirtschaft und Exporten können wir auch für andere Länder durchführen: Deutschland rangiert mit seinen Exporten deutlich vor Großbritannien, Frankreich

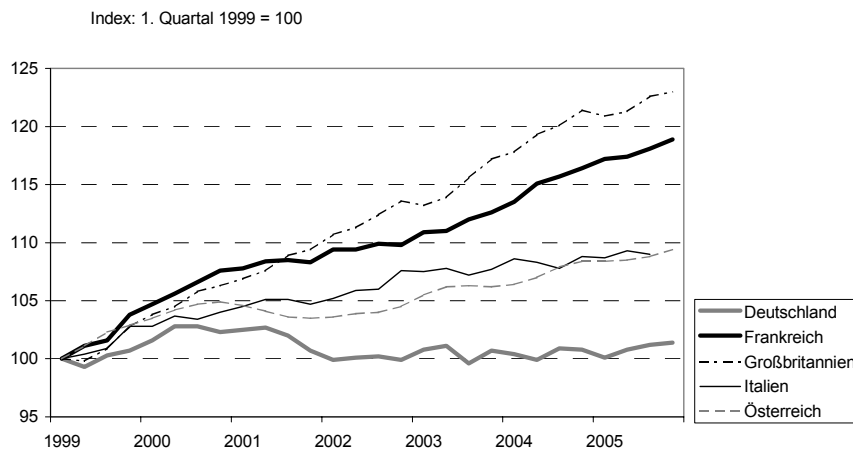
und Italien (Abbildung 5), hingegen bei der Binnennachfrage wieder am unteren Ende (Abbildung 6).

Abbildung 5: Reale Exporte im internationalen Vergleich (in Landeswahrung)



Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, ESRI of Japan, Berechnungen des IMK

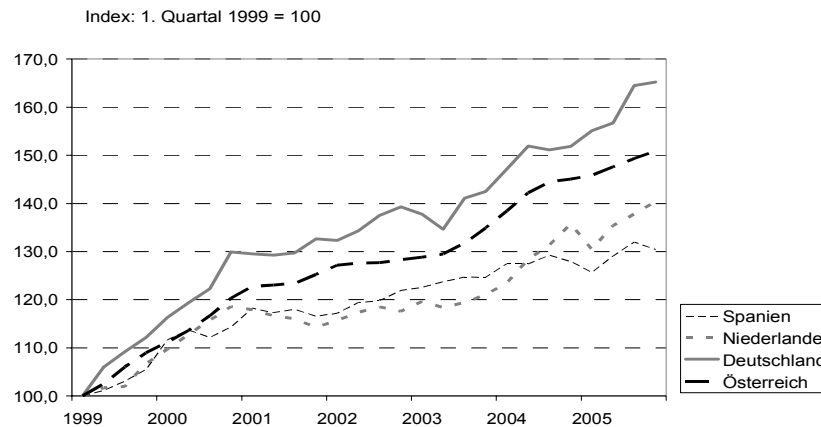
Abbildung 6: Reale Inlandsnachfrage im internationalen Vergleich (in Landeswahrung)



Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, ESRI of Japan

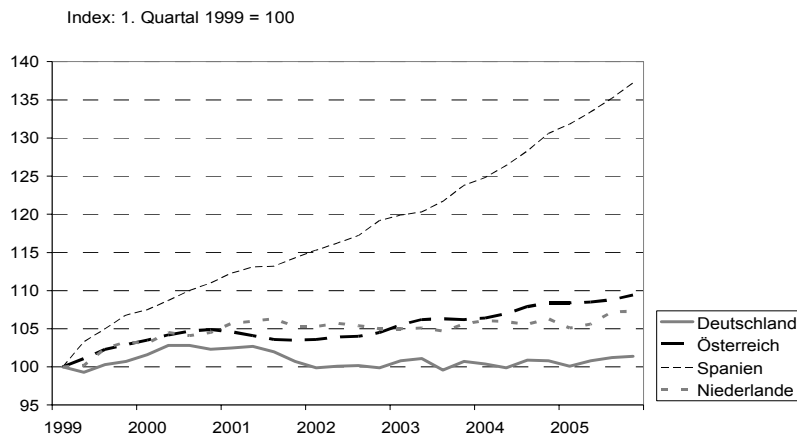
Die Exporte aus Deutschland waren dynamischer als sogar die österreichischen (Abbildung 7), aber was die Binnennachfrage betrifft, ist Deutschland deutlich unterhalb von Österreich zu finden (Abbildung 8). Das heißt, in Österreich hat man zwar auch die Wettbewerbsbedingungen, die Angebotsbedingungen verbessert, aber – und das hat damit zu tun, dass Österreich im Vergleich zu Deutschland ein kleines Land ist und der Außenhandel damit eine wesentlich größere Bedeutung hat und deshalb die Erfolge leichter auf die Binnennachfrage übertragen kann. Das erklärt auch den Unterschied in den Wachstumsraten.

Abbildung 7: Reale Exporte im internationalen Vergleich (in Landeswährung)



Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, ESRI of Japan, Berechnungen des IMK

Abbildung 8: Reale Inlandsnachfrage im internationalen Vergleich (in Landeswährung)



Quellen: Eurostat (EcoWin), BEA, ESRI of Japan

7. Budgetpolitik und Gesamtwirtschaft

Wie sieht nun die Lage der Staatsfinanzen aus? Wenn Sie auf die letzte Zeile schauen (Tabelle 1), dann sehen Sie, dass Deutschland noch im Jahr 2000 ein Defizit von lediglich 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) hatte. Man hatte damals die Defizite auch deutlich zurückgeführt (1997, das nicht auf der Übersicht ist, waren es noch knapp 3 Prozent), aber mit der Aufschwungsentwicklung, die man zwischen 1997 und 2000 hatte (2000 verzeichnete Deutschland ein reales Wachstum von 3 Prozent – heute unvorstellbar), hat man die Defizite richtigerweise reduziert. Im Jahr 2001 wurde dieser Trend aber drastisch umgekehrt.

*hohe
Staatsdefizite
während der
Konjunktur-
schwäche*

Tabelle 1: Gesamtstaatliche Einnahmen, Ausgaben und gesamtstaatliches Haushaltsdefizit in Deutschland 1999 bis 2007 in Mrd. Euro

	1999	2000 ¹	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007
Staats-einnahmen	937,6	957,5	945,4	951,2	960,3	956,8	974,8	989,4	1011,2
Staatsaus-gaben	967,0	982,1	1005,0	1030,7	1046,7	1038,0	1049,2	1054,9	1062,2
Haushalts-defizit	29,4	24,7	59,6	79,5	86,5	81,1	74,4	65,5	51,0
(in % des BIP)	(1,5)	(1,2)	(2,8)	(3,7)	(4,0)	(3,7)	(3,3)	(2,8)	(2,2)

¹ Bereinigt um Einnahmen aus der Versteigerung der UMTS-Lizenzen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IMK; 2006 und 2007 Prognose des IMK

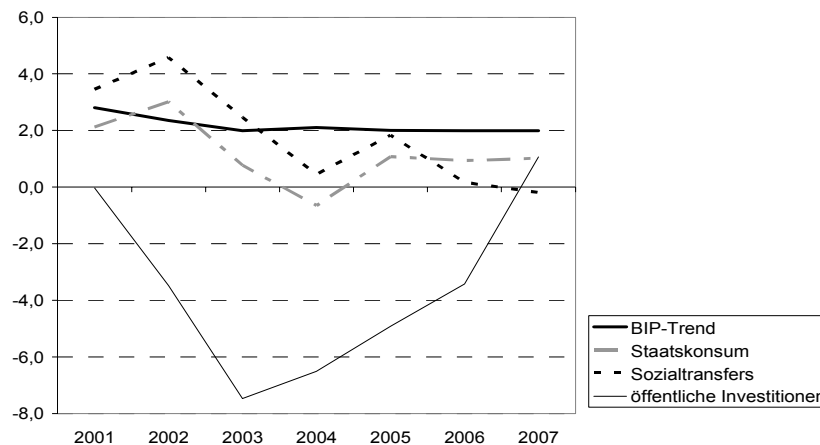
Es gab nämlich zwei Effekte: Erster Effekt, wir hatten einen konjunkturellen Einbruch, worauf die Budgetdefizite wieder stiegen. Das war aber nicht das Einzige. Zweiter Effekt, man hat 2001 die Unternehmenssteuern drastisch gesenkt, folglich fehlte plötzlich eine ganze Menge an Einnahmen. Diese fehlenden Einnahmen haben ein tiefes Loch in der Staatskasse hinterlassen, und zwar ohne dass die erhofften positiven Effekte – nämlich höhere Investitionen und höhere Beschäftigung der Unternehmen – eingetreten wären. Das heißt, diese Unternehmenssteuerreform hat sonst nichts als ein tiefes Loch in der Haushaltskasse bewirkt.

*Staatsausgaben
nur leicht
gestiegen*

Sehen wir uns einmal genau an, wie sich die Staatsausgaben im Vergleich zum Trend des BIP entwickelt haben (Abbildung 9), so erkennen wir, dass die Entwicklung der Staatsausgaben spätestens seit 2003 unterhalb des BIP-Trends liegt. Das gilt sowohl für die Sozialausgaben als auch für den Staatskonsum. Es ist also falsch, in Deutschland von einem ausufernden Staat zu sprechen; im Gegenteil, er führt seinen Anteil am BIP immer

weiter zurück. Das gilt insbesondere für die öffentlichen Investitionen, die sich erst in jüngster Zeit wieder erholen. Die Flaute der öffentlichen Investitionen hat im Übrigen fatale Konsequenzen. Wir wissen aus vielen Untersuchungen, dass öffentliche Investitionen eine spürbare Wachstumswirkung haben; selbst Kollegen vom Arbeitgeberinstitut zeigen das in ihren Untersuchungen immer wieder auf.

Abbildung 9: Entwicklung von Staatsausgaben, Staatseinnahmen und nominellem Trend-BIP in Deutschland (in Prozent gegenüber dem Vorjahr)



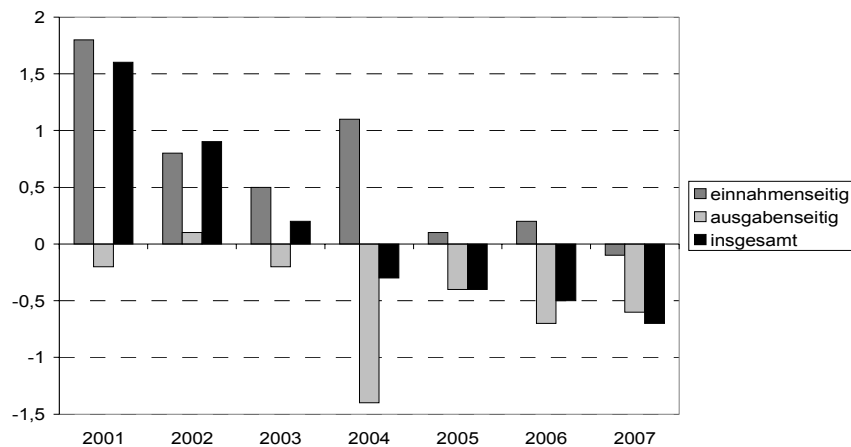
Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK, 2006 und 2007 Prognose des IMK

In Deutschland sind die öffentlichen Investitionen durchschnittlich sogar nur noch halb so hoch wie im Durchschnitt unserer europäischen Partnerländer. Im Klartext heißt das, die öffentliche Infrastruktur in Deutschland, die vielleicht doch besser war als in manchen anderen Ländern, fällt immer weiter zurück. Dies wird auf Dauer eine immer stärker negative Wachstumswirkung haben. Ein „Erfolg“ der Konsolidierungspolitik ist wirklich, dass vor allen Dingen bei den öffentlichen Investitionen konsolidiert wurde.

*verfehlt
Steuer-
senkungen*

Wie haben die Staaten auf den massiven weltweiten Konjunktur- einbruch 2001 reagiert? Wir wissen, dass die Vereinigten Staaten, ganz im Unterschied zu den EuropäerInnen, deutliche stimulierende Effekte seitens der Geld- und der Fiskalpolitik erzeugt haben. Was ist aber in Deutschland geschehen? Hier erkennen wir etwas Interessantes, wenn diese Impulse nach steuerlichen und ausgabenseitigen Impulsen unterschieden werden (der Gesamteffekt ist hier additiv dargestellt, was wegen der unterschiedlichen Multiplikatorwirkungen vielleicht nicht ganz korrekt ist). Wir sehen in Abbildung 10, dass die Wirtschaft vom deutschen Staat im Jahr 2001, als der Einbruch kam, sehr stark stimuliert wurde – aber nicht von der Ausgaben- seite her (es gab keine Konjunkturprogramme, keine hohen Sozialzahlungen – diese waren sogar restriktiv). Nein, die Steuerentlastungen bei den Unternehmenssteuern, von denen eben berichtet wurde, haben einen massiven Impuls gesetzt, der aber insgesamt verpufft ist. Denn die Unternehmen haben vor dem Hintergrund des Konjunktur einbruchs anders als er- wartet ihre Investitionen trotz niedriger Steuern nicht erhöht.

Abbildung 10: Fiskalpolitische Impulse¹ 2001 bis 2007



¹ Abweichung der tatsächlichen Einnahmen/Ausgaben bzw. des Saldos eines Jahres von den Werten, die sich ergeben hätten, wenn Einnahmen und

Ausgaben gegenüber dem Vorjahr mit dem Wachstumstrend des nominalen BIP (gleitender Achtjahresdurchschnitt) gewachsen wären. Positive (negative) Impulse bedeuten eine expansive (kontraktive) Fiskalpolitik.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des IMK, 2006 und 2007
Prognose des IMK

Diese Tendenz setzte sich abgeschwächt in den nächsten Jahren fort: Von der steuerlichen Seite hat die Finanzpolitik fast ständig positive Impulse für die Wirtschaft gesetzt, doch auf der Ausgabenseite haben wir in den letzten Jahren eine Tendenz zur starken Restriktion gehabt und der Gesamteffekt war nahe null. Man sieht im Prognosebereich (2006 und 2007), dass sich dies in den nächsten Jahren verstärkt fortsetzen wird, denn dann wird die Steuerpolitik, insbesondere wegen der höheren Mehrwertsteuer, stärker bremsen als in der Vergangenheit. Das heißt, der Staat setzt ganz im Unterschied zu den USA und zu Großbritannien in Summe keine expansiven Impulse.

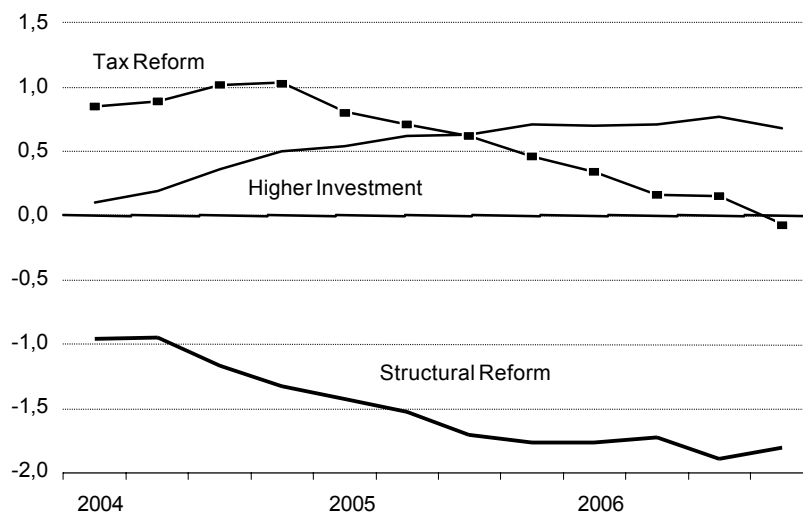
*keine
antizyklische
Finanzpolitik in
Deutschland*

Jetzt zeige ich noch eine etwas ältere Simulation, die wir mit unseren Modellen gemacht haben (sie war sozusagen mein Kündigungsgrund am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung): Ich habe 2003 die Effekte der „Agenda 2010“, die von der rot-grünen Regierung in die Welt gesetzt wurde, für die deutsche Wirtschaft ausgerechnet. Betrachten Sie vor allem die Linie „Strukturreform“, damit ist das Maßnahmenbündel gemeint, das unter der Bezeichnung „Agenda 2010“ zusammengefasst war (Abbildungen 11 bis 14). Wir haben ein Modell verwendet, das die Nachfrageseite mit berücksichtigt, nicht nur die Angebotsbedingungen. Da sehen wir dann folgendes Ergebnis: Aufgrund der stärkeren Belastung der Haushalte durch die „Agenda 2010“ würde das verfügbare Einkommen im Laufe der nächsten Jahre maximal etwa anderthalb, fast zwei Prozentpunkte niedriger sein (Abbildung 11). Das hätte für die nächsten Jahre Konsequenzen sowohl für den privaten Verbrauch, der um etwa einen Prozentpunkt niedriger ausfallen würde (Abbildung 12), als auch für das Bruttoinlandsprodukt,

*Beschäftigungs-
verluste durch
die „Agenda
2010“*

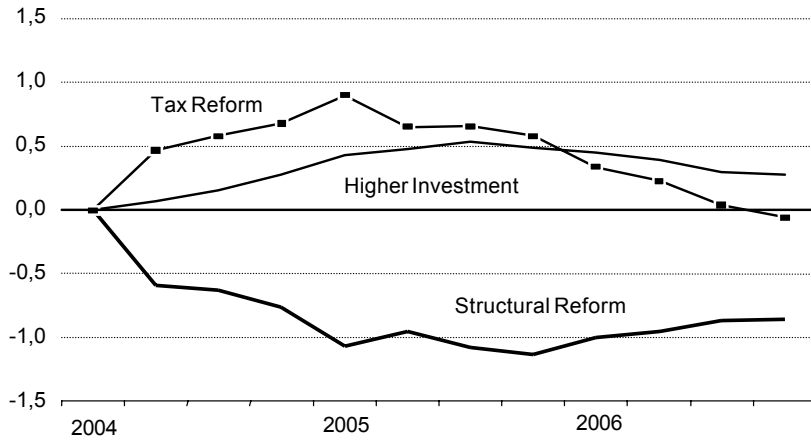
das etwa um knapp einen Prozentpunkt niedriger sein würde (Abbildung 13), während die Exporte durch die geringere Abgabenbelastung der Unternehmen zunehmen.

Abbildung 11: Auswirkungen deutscher Wirtschaftspolitik auf das verfügbare Einkommen (Prognose von 2003, jährliche Veränderungsrate in Prozent)



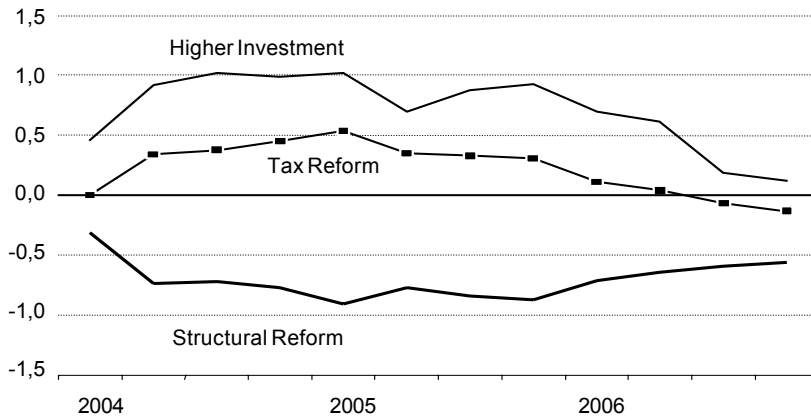
Quelle: Simulation mit dem Deutschlandmodul des EBC-Modells des DIW Berlin

Abbildung 12: Auswirkungen deutscher Wirtschaftspolitik auf den privaten Konsum (Prognose von 2003, jährliche Veränderungsrate in Prozent)



Quelle: Simulation mit dem Deutschlandmodul des EBC-Modells des DIW Berlin

Abbildung 13: Auswirkungen deutscher Wirtschaftspolitik auf das reale Bruttoinlandsprodukt (Prognose von 2003, jährliche Veränderungsrate in Prozent)

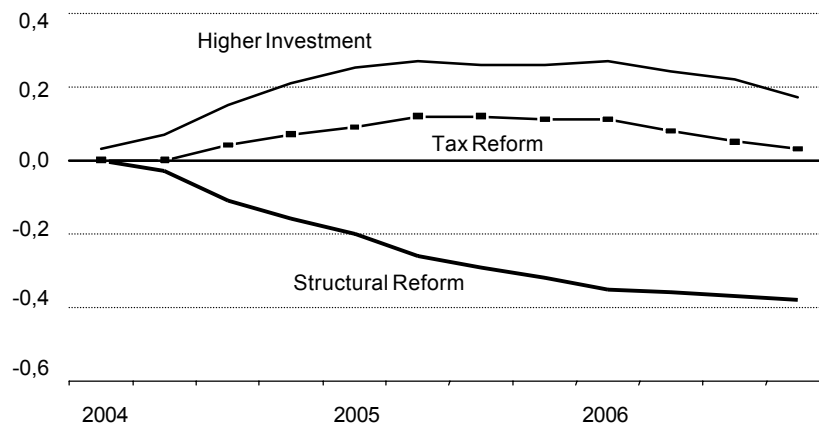


Quelle: Simulation mit dem Deutschlandmodul des EBC-Modells des DIW Berlin

*hervorragende
Exporte und
schwache
Binnennachfrage
als Folge der
„Agenda 2010“*

Mit anderen Worten, wir haben als Ergebnis der Strukturreform vorhergesagt, dass die Binnennachfrage sehr schwach sein würde und dass sich dies auch negativ in der Beschäftigung niederschlagen würde, die knapp einen halben Prozentpunkt dadurch niedriger ausfallen würde (Abbildung 14).

Abbildung 14: Auswirkungen deutscher Wirtschaftspolitik auf die Zahl der Beschäftigten (Prognose von 2003, jährliche Veränderungsraten in Prozent)



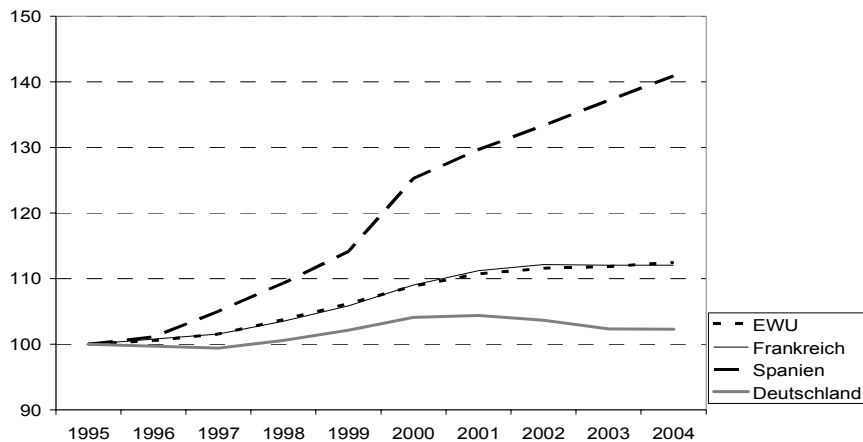
Quelle: Simulation mit dem Deutschlandmodul des EBC-Modells des DIW Berlin

Das heißt, durch die Strukturreform der rot-grünen Regierung würde insgesamt die Wirtschaft belastet und statt Beschäftigung aufzubauen, würde man trotz der Exporterfolge wegen der bedeutsameren schwachen Binnennachfrage Beschäftigungsverluste hinnehmen müssen. Das hat damals für einen gewissen Aufruhr gesorgt, wie man sich denken kann, aber die „Agenda 2010“ wurde durchgezogen, wie Sie wissen, und wir wissen heute eben auch, dass genau diese Effekte (schwache Binnennachfrage, Beschäftigungsverluste) eingetreten sind, vielleicht sogar noch viel stärker, als ich sie prognostiziert hatte. Damit

ist, glaube ich, die „Agenda 2010“ nicht nur parteipolitisch für die SPD gesehen, sondern auch für die Gesamtwirtschaft Deutschlands ein riesiger Fehlschlag.

Was haben diese Reformen denn am Ende für die Beschäftigung gebracht? Blicken wir einmal auf die Beschäftigung in Stunden, erkennen wir, dass Länder wie Spanien seit 1995 außerordentliche Erfolge erzielt haben, selbst der Euroraum hat im Durchschnitt eine gewisse Beschäftigungsausweitung gehabt, Deutschland jedoch kaum, und zwar trotz all dieser Maßnahmen, die die Angebotsbedingungen verbessert haben (Abbildung 15). Das führt mich zur Kritik.

Abbildung 15: Entwicklung der Beschäftigung in Stunden im internationalen Vergleich



Quelle: IMK

8. Fundamentalkritik

Man muss einfach festhalten, und das zeigen auch viele neuere makroökonomische Forschungsergebnisse, dass Marktwirtschaften eine konjunkturelle Krise eben nicht von alleine überwinden. Es bedarf einer wirtschaftspolitischen Stimulie-

*Krisen
bedürfen einer
wirtschafts-
politischen
Stabilisierung*

rung. Das ist keine wirtschaftliche Lenkung seitens des Staates, darum geht es überhaupt nicht. Von den Neoliberalen wird jedoch bewusst die Assoziation mit einer gleichsam kommunistischen Wirtschaft erzeugt, doch das ist natürlich alles Unsinn, ein Teil der dogmatischen Auseinandersetzung.

*Stabilisierungs-
politik ist
ökonomisches
Handwerk und
nicht rechts
oder links*

Es geht vielmehr darum, dass der Staat in wirtschaftlichen Krisen expansive Impulse setzen muss. Das ist keine Sache von links und rechts im politischen Spektrum, wie man am Beispiel der USA und Großbritanniens sieht, sondern eine Frage von gutem oder schlechtem wirtschaftspolitischem Handwerk. Dieses Handwerk muss schon gekonnt sein, sonst gerät man in die Schwierigkeiten hinein, in die Deutschland geraten ist. Die Vernachlässigung der Nachfrage hat gravierende negative Konsequenzen; Nachfrageentwicklung ist nicht eben nur ein Kurzfristphänomen, das vielleicht ein paar Monate oder Quartale dauert.

Wenn Sie die Nachfrage drücken, haben Sie ein ernstes Problem, denn wenn die verfügbaren Einkommen belastet werden und die Nachfrage damit geschwächt ist, wird die Verbesserung der Angebotsbedingungen, die wir ja in Deutschland durchaus haben, wirkungslos sein. Man kann bei den Arbeitslosen die Anreize noch so stark erhöhen, doch wenn die Arbeitsnachfrage nicht vorhanden ist, weil die Unternehmen in ihren Absatzerwartungen zu Recht gedämpft sind, dann wird der Anreiz wirkungslos verpuffen.

*Belastung der
Binnennachfrage
durch Lohn-
zurückhaltung*

Das Problem der Lohnzurückhaltung in Deutschland, die die Binnennachfrage stark belastet, setzt sich übrigens auch in diesem Jahr fort, also trotz des abgeschlossenen MetallereInnenkollektivvertrags, der etwas höher ausfiel. Insofern besteht immer noch eine besondere Notwendigkeit für eine expansive Politik.

9. Arbeitsmarkt und Prekariat

Die Problematik geht aber noch viel weiter. Im einleitenden Beitrag von Eva Pfisterer war bereits vom Prekariat die Rede. Wir haben mittlerweile in Deutschland einen Druck auf die Tariflöhne nach unten, der vor ein paar Jahren noch unvorstellbar gewesen wäre.

Die Hans Böckler Stiftung hat ein sogenanntes Tarifarchiv, das die einzelnen Tarifabschlüsse sammelt. Als man mich einmal nach meiner Einschätzung des niedrigsten Tariflohnsatzes in Deutschland fragte, dachte ich, na ja, fünf Euro. Tatsächlich sind es drei Euro und zehn Cent. Das gilt jedoch nicht für Branchen, die im Globalisierungswettkampf stehen, wie man vermuten würde. Im Gegenteil, dort wird gutes Geld verdient, auch von ArbeitnehmerInnen. Nein, es ist das Friseurhandwerk in Sachsen und in Thüringen. Überdies gibt es eine ganze Spanne von Tariflöhnen zwischen drei und fünf Euro, die für eine ganze Menge von Branchen gelten. Das Monatseinkommen, das sich dort bei Vollbeschäftigung erzielen lässt, liegt unter dem, was man als Sozialhilfe bekommt, und dennoch werden diese Jobs von den Menschen gesucht. Das sagt auch etwas aus.

*arme
Beschäftigte
nun auch in
Deutschland*

Niedriglohnarbeit ist übrigens auch ein Problem für den Euroraum: Indem Deutschland seine Wettbewerbsfähigkeit ständig erhöht, drückt es allmählich die anderen Länder an die Wand. Das gilt weniger für Österreich, das Deutschland immerhin in gewisser Hinsicht gefolgt ist, aber es gilt sicherlich für Italien und für Frankreich.

*Lohnzurück-
haltung
destabilisiert
Euroraum*

10. Fehlende Voraussetzungen für Stabilisierungspolitik

Im Hinblick auf eine effektive Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung haben wir die Anforderungen des Vertrages von Maastricht, die derzeit einem Verzicht auf Stabilisierungspolitik gleichkommen. Daher brauchen wir eine Antwort auf die Frage, wer eigentlich die Konjunktur in Europa stabilisieren soll. Die

Europäische Zentralbank (EZB) erklärt sich für unzuständig, die nationale Budgetpolitik ist durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt gelähmt. Wer, bitte, macht es dann?

*institutionelles
Vakuum bei der
europäischen
Stabilisierungs-
politik*

Eine Antwort auf die Frage nach einer Stabilisierungspolitik hätten wir bereits gefunden: Wir bräuchten eigentlich auch eine europäische Fiskalpolitik, doch bis dorthin ist es noch ein weiter Weg; bis dahin haben wir sicherlich die nächsten zwei Konjunkturkrisen zu bewältigen. Das derzeitige institutionelle Vakuum im Hinblick auf konjunkturelle Stabilisierung der Eurozone kann allerdings nicht bleiben.

11. Rollen des Staates bei einem neuen wirtschaftspolitischen Kurs

*Staat muss
stabilisieren*

Wir haben hier die Argumente dafür erörtert, einen anderen wirtschaftspolitischen Kurs einzuschlagen, der dem Staat doch eine Rolle in der wirtschaftlichen Entwicklung zubilligt – ohne dass es eine lenkende sein müsste. Es soll eine Rolle der sozialen Sicherung sein, die selbstverständlich effizient erfolgen muss; das muss auch überprüft und evaluiert werden. Zusätzlich muss es die Rolle der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung geben. Und dies ist aus meiner Sicht – im Gegensatz zu dem, was von neoliberaler Seite als liberal angesehen wird – auch eine freiheitliche Politik. Denn im Zuge der Grundwertedebatte bei der SPD hat der deutsche politische Philosoph Julian Nida-Rümelin, der einmal Kulturminister war, folgenden schönen Satz geschrieben: „Entweder es gibt gleiche Freiheit oder es gibt keine Freiheit.“

12. Hilfestellung durch die EU

Welche Rolle spielen dabei die EU-Subventionen? In den Fällen Irlands und Spaniens sehe ich eine sehr positive Entwicklung, denn die EU-Subventionen haben es diesen beiden Ländern ermöglicht, eine moderne Infrastruktur aufzubauen, ohne dass sie auf eigene Steuermittel zurückgreifen mussten. In Irland sind Subventionen sogar in einer Höhe von maximal drei

Prozent des BIP gezahlt worden. Deshalb ist immer etwas Skepsis angebracht, wenn Irland jetzt als ein Musterland dargestellt wird; man muss die EU-Subventionen bei der Bewertung von Irlands Erfolgen berücksichtigen. Ich glaube nicht, dass wir auf EU-Ebene fordern sollten, dass alle Länder drei Prozent des BIP an Subventionen erhalten sollten, weil das weder technisch noch logisch geht (neben EmpfängerInnen muss es ja auch GeberInnen geben). Positiv und lobenswert ist immerhin, dass Irland das Beste aus der hohen Anschubfinanzierung von Seiten der EU gemacht hat.

EU-Subventionen bei Analysen berücksichtigen

13. Die Folgen der deutschen Vereinigung und Großen Koalition

Deutschland leidet nicht unter der Osterweiterung der EU; der Beitritt Polens, der Slowakei und Tschechiens ist kein Schaden für die deutsche Wirtschaft. Denn Deutschland hat (entgegen der öffentlichen Wahrnehmung) eine positive Handelsbilanz mit diesen Ländern. Worunter Deutschland aber noch zu leiden hat, sind die Folgen der deutschen Vereinigung. Es wird vielfach vergessen, welche ungeheuren Mittel an Transfers noch Jahr für Jahr von West nach Ost fließen, insbesondere auch aus der Sozialversicherung. Die Rentenzahlungen, die wir jetzt in Ostdeutschland leisten, waren und sind so gut wie nicht beitragsfinanziert, und das hat zu einer sehr starken budgetären Belastung geführt.

Vereinigung belastet Wirtschaft immer noch

Sehen wir Änderungen in der deutschen Politik? Zaghafte, wenn überhaupt. Obwohl die SPD im Wahlkampf in der Tat eine Kehrtwende angekündigt hatte, wurde diese letztlich im Koalitionsvertrag nicht vollständig durchgehalten. Ich sehe aber positive Ansätze dahingehend, dass die öffentlichen Investitionen wieder ausgeweitet werden sollen. Das Problem ist erkannt worden, es gibt mittlerweile auch ein Investitionsprogramm, aber in der sehr bescheidenen Höhe von etwa einem Viertelprozentpunkt des BIP pro Jahr. Das wird nicht ausreichen. Zudem scheint oberste Priorität der Wirtschaftspolitik in Deutschland nach wie vor die Budgetkonsolidierung zu sein.

nur zaghafte Umsteuern Das erklärt ja auch die steuerrechtlichen Veränderungen, die jetzt anstehen (Mehrwertsteuererhöhung). Leider lässt sich die Regierung bisher von den Warnungen nicht beeindrucken, dass sie damit den zaghaft beginnenden Aufschwung in Deutschland wieder zum Erliegen bringen wird – und damit auch die Budgetkonsolidierung.

14. Sozialdemokratie und Bewahrung des Sozialstaates

auch die Sozialdemokratie sollte Keynes akzeptieren Gibt es ein theoretisches Erkenntnisfundament für die Sozialdemokratie in Fragen der Wirtschaftspolitik? Meine erste Antwort ist, dass Keynes natürlich allen gehört; ich glaube, auch konservative Regierungen können mit ihm viel anfangen, wie auch das Beispiel der Bush-Administration zeigt, und selbst Thatcher hat Stabilisierungspolitik durchgeführt; das ist für mich keine Frage von links oder rechts. Keynes war ja auch nicht gerade der große Revolutionär auf der linken Seite, das wäre, so glaube ich, eine Fehlinterpretation. Nein, keynesianische Wirtschaftspolitik ist für mich Handwerk, das keine parteipolitische Färbung haben sollte.

neue Architektur des Sozialstaates ist erforderlich Wo allerdings die Sozialdemokratie sicherlich nach Antworten suchen und sie auch finden sollte, ist der Bereich der Architektur, mit der man einen Sozialstaat unter den Bedingungen der Globalisierung vernünftig organisiert. Man braucht den Sozialstaat. Um ihn zu bewahren, muss man heute schon sehr grundsätzlich erklären, wofür und wie der Sozialstaat die Freiheitsspielräume in einer Gesellschaft erweitert und nicht beengt, und man muss sich sicherlich auch daran messen, wie effizient man einen Sozialstaat organisiert. Da sind in der Vergangenheit sicherlich viele Fehler gemacht worden, die heute als wohlfeile Argumente zum Abbau des Sozialstaates verwendet werden.

15. Wirtschaftspolitische Handlungsspielräume

Kann die Politik heute überhaupt noch etwas tun? Ja. Es sind für mich nur billige Entschuldigungen, mit Verweis auf die

Globalisierung zu sagen, wir können gar nichts mehr tun. Wenn ohnedies alles umsonst wäre, könnte nämlich die Regierung ihre Tätigkeit einstellen, dann bräuchten wir auch die Unternehmenssteuer nicht zu senken.

Nein, natürlich hat die Regierung Handlungsspielraum, insbesondere Regierungen relativ großer Länder, denn das ist ja auch einer der Gründe, warum wir den Europäischen Binnenmarkt installiert haben: einen Wirtschaftsraum, so groß wie die Europäische Union oder die Eurozone. Die EU ist ein Global Player; wirtschaftspolitische Entscheidungen in der Eurozone beeinflussen die Welt. Das sollten wir nie vergessen. Man muss wirtschaftspolitischen Handlungsspielraum auch nutzen und darf sich dabei von jenen nicht in eine Ecke drängen lassen, die die Staatstätigkeit auf ein Minimum reduzieren wollen.

Globalisierung hebt wirtschaftspolitische Gestaltungsspielräume nicht auf

Für solche Leute ist es natürlich ein sehr schönes Argument, der Staat könne gar nichts tun, also soll er auch nichts tun. Das hilft zwar in der Argumentation, ist aber nichtsdestotrotz falsch.

16. Wachstum zur besseren Bedürfnisbefriedigung

Die immer wieder geäußerte Wachstumskritik teile ich nicht. Es geht ja nicht darum, immer mehr vom Gleichen zu produzieren; wir brauchen nicht das Fünftauto. Es geht darum, immer wieder Neues zu produzieren. Als Beispiel darf ich die Telekommunikation anführen. Vergleicht man unser diesbezügliches Verhalten von heute mit dem vor fünfzehn Jahren, so hatte damals kaum jemand ein Handy, und die Leute haben nicht viel über Internet kommuniziert. Es sind neue, weniger ressourcenintensive Produkte, die den Bedürfnissen der Menschen besser entsprechen und zugleich das Wachstum forcieren. Was landläufig unter Wachstum verstanden wird, nämlich immer mehr von alten Dingen zu produzieren, ist ein falscher Begriff von Wachstum.

Wachstum ist dringend erforderlich

Anmerkungen:

- 1 de Grauwe, P., Storti, C., Geldpolitik und die reale Ökonomie, in: Schettkat, R., Langkau, J. (Hrsg.): Deutschland im Aufwind, Bonn 2007
- 2 Debreu, G., Werttheorie, Berlin/Heidelberg/New York 1976
- 3 Horn, G., Preisbildung in der neueren keynesianischen Makroökonomie, in: Konjunkturpolitik, Heft 4/1990
- 4 Sinn, H.-W., Die Basarökonomie, Berlin 2005
- 5 Sinn, H.-W., Die Basarökonomie, a. a. O.

INSTITUT FÜR SOZIAL- UND WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTEN

WISO

WIRTSCHAFTS-UND SOZIALPOLITISCHE ZEITSCHRIFT

Die Zeitschrift WISO wird vom Institut für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (ISW) herausgegeben. Sie dient der Veröffentlichung neuer sozial- und wirtschaftswissenschaftlicher Erkenntnisse sowie der Behandlung wichtiger gesellschaftspolitischer Fragen aus Arbeitnehmersicht.

Lohnpolitik, soziale Sicherheit, Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit, Arbeit und Bildung, Frauenpolitik, Mitbestimmung, EU-Integration - das sind einige der Themen, mit denen sich WISO bereits intensiv auseinander gesetzt hat.

WISO richtet sich an BetriebsrätInnen, GewerkschafterInnen, WissenschaftlerInnen, StudentInnen, Aktive in Verbänden, Kammern, Parteien und Institutionen sowie an alle, die Interesse an Arbeitnehmerfragen haben.

Erscheinungsweise: vierteljährlich

Preise:* Jahresabonnement EUR 22,00 (Ausland EUR 28,00)
Studenten mit Inskriptionsnachweis EUR 13,00
Einzelausgabe EUR 7,00 (Ausland EUR 12,00)

(* Stand 2005 - Die aktuellen Preise finden Sie auf unserer Homepage unter www.isw-linz.at)

Wir laden Sie ein, kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen ein WISO-Probeexemplar zu bestellen. Natürlich können Sie auch gerne das WISO-Jahresabonnement anfordern.

Informationen zum ISW und zu unseren Publikationen - inklusive Bestellmöglichkeit - finden Sie unter www.isw-linz.at.



Oberösterreich

BESTELLSCHEIN*

Bitte senden Sie mir kostenlos und ohne weitere Verpflichtungen

- 1 Probeexemplar der Zeitschrift WISO
- 1 ISW Publikationsverzeichnis

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements (Normalpreis)

Ich bestelle _____ Exemplare des WISO-Jahresabonnements für StudentInnen mit Inskriptionsnachweis

* Schneller und einfacher bestellen Sie über das Internet: www.isw-linz.at

Name _____

Institution/Firma _____

Straße _____

Plz/Ort _____

E-Mail _____

BESTELLADRESSE:

ISW
Gruberstraße 40-42, A-4020 Linz
Tel. ++43/732/66 92 73-33 21
Fax ++43/732/66 92 73-28 89
E-Mail: wiso@akooe.at
Internet: www.isw-linz.at